

ANFRAGE von Mandy Abou Shoak (SP, Zürich), Lisa Letnansky (AL, Zürich), Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), Andrea Grossen-Aerni (EVP, Wetzikon), Andrea Gisler (GLP, Gossau), Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch), Angie Romero (FDP, Zürich) und Anita Borer (SVP, Uster)

Betreffend Was tut der Kanton Zürich gegen das Phänomen der chemischen Unterwerfung von Opfern?

Chemische Unterwerfung bezeichnet die Verabreichung von psychoaktiven Substanzen, um das Bewusstsein, die Entscheidungsfähigkeit oder die Wehrhaftigkeit einer Person zu beeinträchtigen. Dies geschieht oft heimlich mit dem Ziel, Kontrolle über das Opfer zu erlangen. Die Substanz wird in ein Getränk oder unter die Nahrung des Opfers gemischt. In der Praxis wird chemische Unterwerfung oft im Zusammenhang mit Sexualstraftaten verfolgt. Ein Problem ist jedoch der Nachweis der Substanzen, da viele K.O.-Mittel schnell im Körper abgebaut werden. Vor allem im Gesundheitswesen ist es von hoher Wichtigkeit, dass das Personal Symptome und damit Hinweise auf eine allfällige chemische Unterwerfung erkennt. Dementsprechend ist sowohl dem Gesundheitswesen als auch der Strafverfolgung eine hohe Bedeutung in der Bekämpfung von chemischer Unterwerfung beizumessen. Substanzen, die im Kontext von chemischer Unterwerfung verwendet werden, können oft nur mit teuren Methoden (Haar- oder Urinproben) nachgewiesen werden. Die Fälle von chemischer Unterwerfung sind vielfältig: In Frankreich wurde Dominique Pelicot verurteilt, weil er seine Ehefrau Gisèle über Jahre hinweg mit Medikamenten betäubte und sie mehr als 50 Männern zur Vergewaltigung zuführte. Ein 74-jähriger französischer Chirurg gestand, zwischen 1989 und 2014 fast 300 minderjährige Patienten während medizinischer Eingriffe betäubt und sexuell missbraucht zu haben. Immer wieder wird bekannt oder vermutet, dass an Veranstaltungen K.O.-Tropfen (GHB) eingesetzt werden. Diese Fälle verdeutlichen die gravierenden Folgen des Missbrauchs von psychoaktiven Substanzen zur chemischen Unterwerfung und unterstreichen die Notwendigkeit von Präventionsmassnahmen, etwa in Schulen, Bars oder bei Veranstaltungen.

Aus all diesen Gründen wird der Regierungsrat darum gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Gibt es eine Übersicht mit Zahlen, Art der Delikte, Profile der Opfer und Täter, Anzahl der aufgeklärten Fälle bei chemischer Unterwerfung im Kanton Zürich?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat das Phänomen? Was wurde bis anhin dagegen unternommen? Was gedenkt der Regierungsrat zu tun?
3. Gibt es spezialisierte bzw. qualifizierte Stellen im Gesundheitswesen, bei der Polizei, Rechtsmedizin und in der Opferberatung? Wenn nein, sind solche geplant? Wenn ja, wie werden sie qualifiziert?
4. Wer ordnet in welchen Fällen eine Untersuchung zum Nachweis chemischer Unterwerfung an? In welchen Fällen und wie häufig wird die Technik von Haaranalysen eingesetzt?
5. Welche Präventionsangebote gibt es? Sind Angebote geplant oder gibt es vorbildliche Angebote in anderen Kantonen oder im Ausland, an denen sich der Kanton Zürich orientieren kann oder möchte?

6. Welche Massnahmen erachtet der Regierungsrat als sinnvoll, um dem Phänomen zu begegnen und die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren?

Mandy Abou Shoak
Lisa Letnansky
Silvia Rigoni
Andrea Grossen-Aerni
Andrea Gisler
Janine Vannaz
Angie Romero
Anita Borer